

IST DAS JUDENTUM DIE NEUE HERRENRASSE IN ISRAEL?

Israels neues „Nationalitätsgesetz“ verabschiedet

In unserer letzten 96. Pressekampagne wies ich u.a. darauf hin, daß eine Demokratie, die nicht wehrhaft ist, nicht nur sich selbst gefährdet, sondern sich unglaublich macht. Dies trifft freilich auch auf Israel zu, wo eine wachsende Zahl an intoleranten und gewaltbereiten ultraorthodoxen Juden die freiheitliche demokratische Grundordnung bzw. Rechtsstaatlichkeit in eine Art Rabbinatsstaat umwandeln möchte, was niemals in der Intention des Staatsgründers David Ben-Gurion lag. Vor Jahren schrieb ich bereits in der israelischen Presse, daß in einer wahren Demokratie Staat und Religion zu trennen sind. Genauso verfährt Gott selbst, wenn ER Seinem Geschöpf „Mensch“ mit ei-

nem freien Willen ausgestattet hat. Auch wenn jedermann vor Gott nach seinen Werken gerichtet werden wird, so überläßt es die Gottheit dem Individuum, wie es sein Leben gestaltet.

Mit dem neuen „Nationalitätsgesetz“, das am 19. Juli mit einer knappen Mehrheit von 62 Ja-Stimmen von insgesamt 120 Abgeordneten in der Knesset verabschiedet wurde, ist zugleich der Inhalt der „Unabhängigkeitserklärung“ des Staates Israel vom 14. Mai 1948 konterkariert. Wir veröffentlichen diese zum Nachlesen, worin ausdrücklich erklärt wurde, **daß der Staat Israel auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein soll. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung**

verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinen Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben (...).“

Damit hätte sich die Unabhängigkeitserklärung auch als Verfassung des Staates Israel geeignet. Nunmehr aber sollte mit dem „Nationalitätsgesetz“ der jüdische Charakter Israels als Grundgesetz verankert werden. Israels Flagge, Nationalhymne, der hebräische Kalender und die jüdischen Feiertage werden als staatliche Symbole festgelegt.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an das so genannte „Antimissionsgesetz“ vom 1. April 1978, wonach ein Missionar mit bis zu fünf Jahren Gefängnis und ein jüdischer Konvertit mit bis zu



Nicht nur arabische Abgeordnete protestierten im israelischen Parlament gegen das neue Nationalitätsgesetz. Kritiker befürchten, daß dadurch das Machtmonopol der fanatisierten ultraorthodoxen Juden über den Rest der Bevölkerung massiv gestärkt und damit die Gleichheit aller Bürger torpediert wird.

פגילת העצמאות

Die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel

verkündet in Tel Aviv am 14. Mai 1948 (5. Ijar 5708)

Im Lande Israel entstand das jüdische Volk. Hier prägte sich sein geistiges, religiöses und politisches Wesen. Hier lebte es frei und unabhängig, hier schuf es eine nationale und universelle Kultur und schenkte der Welt das Ewige Buch der Bücher.

Durch Gewalt vertrieben, blieb das jüdische Volk auch in der Verbannung seiner Heimat in Treue verbunden. Nie wich seine Hoffnung. Nie verstummte sein Gebet um Heimkehr und Freiheit.

Beseelt von der Kraft der Geschichte und Überlieferung, suchten Juden aller Generationen in ihrem alten Lande wieder Fuß zu fassen. Im Laufe der letzten Jahrzehnte kamen sie in großen Scharen. Pioniere, Verteidiger und Einwanderer, die trotz der Blockade den Weg in das Land unternahmen, erweckten Einöden zur Blüte, belebten aufs neue die hebräische Sprache, bauten Dörfer und Städte und errichteten eine stets wachsende Gemeinschaft mit eigener Wirtschaft und Kultur, die nach Frieden strebte, aber sich auch zu schützen wußte, die allen im Lande die Segnungen des Fortschritts brachte und sich vollkommene Unabhängigkeit zum Ziel setzte.

Im Jahre 1897 trat der erste Zionistenkongreß zusammen. Er folgte dem Rufe Dr. Theodor Herzls, dem Seher des jüdischen Staates, und verkündete das Recht des jüdischen Volkes auf nationale Erneuerung in seinem Lande. Dieses Recht wurde am 2. November 1917 in der Balfour-Deklaration anerkannt und auch durch das Völkerbundsmandat bestätigt, das der historischen Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Lande Israel und seinem Anspruch auf die Wiedererrichtung seiner nationalen Heimstätte internationale Geltung verschaffte.

Die Katastrophe, die in unserer Zeit über das jüdische Volk hereinbrach und in Europa Millionen von Juden vernichtete, bewies unwiderleglich aufs Neue, daß das Problem der jüdischen Heimatlosigkeit durch die Wiederherstellung des jüdischen Staates im Lande Israel gelöst werden muß, in einem Staat, dessen Pforten jedem Juden offenstehen, und der dem jüdischen Volk den Rang einer gleichberechtigten Nation in der Völkerfamilie sichert.

Die Überlebenden des schrecklichen Nazi-Gemetzels in Europa sowie Juden anderer Länder scheuten weder Mühsal noch Gefahren, um nach dem Lande Israel aufzubrechen und ihr Recht auf ein Dasein in Würde und Freiheit und ein Leben redlicher Arbeit in der Heimat durchzusetzen.

Im Zweiten Weltkrieg leistete die jüdische Gemeinschaft im Lande Israel ihren vollen Beitrag zum Kampfe der friedens- und freiheitsliebenden Nationen gegen die Nazimächte der Finsternis. Mit dem Blute ihrer Soldaten und ihrem Einsatz für den Sieg erwarb sie das Recht auf Mitwirkung bei der Gründung der Vereinten Nationen.

Am 29. November 1947 faßte die Vollversammlung der Vereinten Nationen einen Beschluß, der die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel forderte. Sie rief die Bewohner des Landes auf, ihrerseits zur Durchführung dieses Beschlusses alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Die damalige Anerkennung der staatlichen Existenzberechtigung des jüdischen Volkes durch die Vereinten Nationen ist unwiderruflich.

Gleich allen anderen Völkern, ist es das natürliche Recht des jüdischen Volkes, seine Geschichte unter eigener Hoheit selbst zu bestimmen.

Demzufolge haben wir, die Mitglieder des Nationalrates, als Vertreter der jüdischen Bevölkerung und der zionistischen Organisation, heute, am letzten Tage des britischen Mandats über Palästina, uns hier eingefunden und verkünden hiermit kraft unseres natürlichen und historischen Rechtes und aufgrund des Beschlusses der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Errichtung eines jüdischen Staates im Lande Israel — des Staates Israel.

Wir beschließen, daß vom Augenblick der Beendigung des Mandates, heute um Mitternacht, dem sechsten Tage des Monats Ijar des Jahres 5708, dem 15. Mai 1948, bis zur Amtsübernahme durch verfassungsgemäß zu bestimmende Staatsbehörden, doch nicht später als bis zum 1. Oktober 1948, der Nationalrat als vorläu-

figer Staatsrat und dessen ausführendes Organ, die Volksverwaltung, als zeitweilige Regierung des jüdischen Staates wirken sollen. Der Name des Staates lautet Israel. Der Staat Israel wird der jüdischen Einwanderung und der Sammlung der Juden im Exil offenstehen. Er wird sich der Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner widmen. Er wird auf Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Sinne der Visionen der Propheten Israels gestützt sein. Er wird all seinen Bürgern ohne Unterschied von Religion, Rasse und Geschlecht, soziale und politische Gleichberechtigung verbürgen. Er wird Glaubens- und Gewissensfreiheit, Freiheit der Sprache, Erziehung und Kultur gewährleisten, die Heiligen Stätten unter seinem Schutz nehmen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen treu bleiben.

Der Staat Israel wird bereit sein, mit den Organen und Vertretern der Vereinten Nationen bei der Durchführung des Beschlusses vom 29. November 1947 zusammenzuwirken und sich um die Herstellung der gesamtpalästinensischen Wirtschaftseinheit bemühen.

Wir wenden uns an die Vereinten Nationen mit der Bitte, dem jüdischen Volk beim Aufbau seines Staates Hilfe zu leisten und den Staat Israel in die Völkerfamilie aufzunehmen.

Wir wenden uns — selbst inmitten mörderischer Angriffe, denen wir seit Monaten ausgesetzt sind — an die in Israel lebenden Araber mit dem Aufrufe, den Frieden zu wahren und sich aufgrund voller bürgerlicher Gleichberechtigung und entsprechender Vertretung in allen provisorischen und permanenten Organen des Staates an seinem Aufbau zu beteiligen.

Wir bieten allen unseren Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und guter Nachbarschaft und rufen zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe mit dem selbständigen jüdischen Volk in seiner Heimat auf. Der Staat Israel ist bereit, seinen Beitrag bei gemeinsamen Bemühungen um den Fortschritt des gesamten Nahen Ostens zu leisten.

Unser Ruf ergeht an das jüdische Volk in allen Ländern der Diaspora, uns auf dem Gebiete der Einwanderung und des Aufbaues zu helfen und uns im Streben nach der Erfüllung des Traumes von Generationen — der Erlösung Israels — beizustehen.

Mit Zuversicht auf den Fels Israels setzen wir unsere Namen zum Zeugnis unter diese Erklärung, gegeben in der Sitzung des zeitweiligen Staatsrates auf dem Boden unserer Heimat in der Stadt Tel Aviv. Heute am Vorabend des Sabbat, dem 5. Ijar 5708, 14. Mai 1948.

Handwritten signatures and stamps in Hebrew, including names like 'Rabin' and 'Levi Eshkol'. The text is written in cursive and includes various initials and dates.

drei Jahren Gefängnis oder Geldstrafe bestraft werden kann. Dieses undemokratische Gesetz existiert noch bis heute, auch wenn bislang niemand nach diesem Gesetz verurteilt wurde. Seit dem 29. Juli 1980 gibt es ebenfalls ein „Bürgerschaftsgesetz“ bzw. „Loyalitätsgesetz“ sowie in diesem Zusammenhang eine „Antimissionsliga Jad le-Achim“, die Jagd auf Judenchristen und Missionare macht.

Keine Gleichberechtigung mehr im Staate Israel

Die arabische Minderheit in Israel, die ein Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht, sieht in dem neuen Gesetz eine eindeutige Diskriminierung ihres Standes. Denn bislang war Arabisch in Israel zweite Amtssprache, in Zukunft soll jedoch nur noch Hebräisch offizielle Landessprache sein. Das Arabische erhält lediglich einen „Sonderstatus“. Ein weiterer Artikel erklärt außerdem „die Entwicklung jüdischer Gemeinden“ in Israel und in der 1967 eroberten Westbank, dem einstigen Judäa und Samarien, zum nationalen Wert, der gefördert werden müsse, obschon die fanatischen und intoleranten ultraorthodoxen Juden bereits steuerbefreit sind, keine „Arnonah“ (Wohnsteuer) abführen müssen sowie ihr Lebensstandard von der Regierung subventioniert wird, so daß diese vermeintlich „Frommen“, die sich selbst als „Zaddikim“ (Gerechte) ausgeben, keiner geregelten Arbeit nachzugehen brauchen. Zudem beteiligen sie sich auch nicht an der Landesverteidigung. Und diese „Drückeberger“ genießen mit dem neuen Gesetz noch mehr Privilegien bei einer wachsenden Zahl an „Charedim“ (ultraorthodoxe Juden), die im Schnitt sieben Kinder haben.

Auch ist zu beachten, daß dieses neuartige Grundgesetz die israelische Gerichtsbarkeit quasi außer Kraft setzt, wie dies eben-



Obergerichtspräsidentin Esther Hayut (l.) ist über dem neuen Nationalitätsgesetz nicht begeistert, weil es die Unabhängigkeit der weltlichen Gerichtsbarkeit zu Gunsten der Politik aushebelt. Staatspräsident Reuven Rivlin (M.) versucht zu vermitteln, während Israels Justizministerin Ayelet Shaked (r.) keine Einwände gegen das neue Gesetz hegt

falls die Präsidentin des Obersten Gerichts, Esther Hayut, beklagt. Anlässlich der Ernennung von 18 neuen Richtern machte Hayut ihrem Ärger Luft, wonach die israelische Gerichtsbarkeit durch das Nationalitätsgesetz seine Unabhängigkeit verliere. Sie sieht darin eine Erodierung der Grundrechte, was demzufolge zu einem Chaos und zu einer Beschädigung der Reputation Israels auf der internationalen Bühne führe. Dieser Ansicht widerspricht die junge Justizministerin Ayelet Shaked, die über einen geringeren Sachverstand in juristischen Fragen verfügt als Obergerichtspräsidentin Hayut. Staatspräsident Reuven Rivlin versuchte zu vermitteln und kommentierte, daß die Meinung der Mehrheit der Bürger ausschlaggebend sei, so daß die Minderheit, zu der auch die ultraorthodoxen Juden gehören, sich dem anzupassen hat. 39 Prozent der israelischen Bevölkerung geht davon aus, daß Netanjahus Verfassungsinitiative dazu diene, die Macht des Obergerichts zu beschneiden, was seinen persönli-

chen Interessen diene. 28 Prozent widersprechen dieser Auffassung. Harvard-Professor und Rechtswissenschaftler Dershowitz sah bislang in der israelischen Demokratie ein „Juwel“. Doch die neue Entwicklung für die Unabhängigkeit der israelischen Gerichtsbarkeit bedeutet nunmehr für ihn eine „schreckliche Katastrophe“. Schließlich haben sich Politiker Recht und Gesetz zu unterwerfen, damit es für politische Eigeninteressen nicht zur Rechtsbeugung kommen kann (Jesaja 1,27: „Zion muß durch Recht und Gerechtigkeit erlöst werden und ihre Zurückkehrenden durch Gerechtigkeit“). Selbst der Leiter der „Zionistischen Union“, Avi Gabbay, schloß sich dieser Auffassung an.

Das Drohnendasein der ultraorthodoxen Juden beginnt erst

Mit dem neuen Nationalitätsgesetz vermögen nun Politiker und Lobbyisten ihr eigenes Recht zusammenzuzimmern. Das Obertribunal besitzt bereits jetzt schon das Monopol über Ehe-

schließungen, Ehescheidungen, Kaschrutlizensierung und Religionsübertritte zum Judentum. Ein Komitee berät seit 18 Monaten über die Kriterien, welche orthodoxen Rabbinatsgerichten im Ausland durch das Jerusalem Oberrabbinat für Konversionen und Scheidungen anerkannt werden sollen und welche nicht. So werden viele ad hoc Konversionen, die in den USA durchgeführt werden, von den israelischen Rabbinatsgerichten nicht anerkannt werden, und können somit abgelehnte Konvertiten dann auch im Zuge der Einwanderung nach Israel (Aliya) keine Staatsbürgerschaft erhalten. Dies betrifft vornehmlich hart Eheleute verschiedener Religionen und – wie bereits erwähnt – vorhandene Kinder aus solchen Ehen. Gleiches betrifft auch Ehescheidungen, die erfolgten, wenn sie

nicht von ultraorthodoxen Rabbinatsgerichten sanktioniert wurden.

Seth Farber, Direktor von ITIM-religiöse Dienste, verurteilt die Arroganz israelischer Rabbinatsgerichte, die somit bestimmen, welcher Rabbiner im Ausland überhaupt Befugnisse für standesamtliche Aufgaben besitzt, so daß ausländische Rabbiner erst einen Wissensnachweis vor israelischen Rabbinern ablegen müssen, ob ihre Amtshandlungen in Israel überhaupt anerkannt werden können.

Im gleichen Zeitraum wehrten sich die ultraorthodoxen Abgeordneten gegen die Maßnahme, daß nur solchen „Jeschiva“-Studenten (Talmudschulen) Dispens vom obligatorischen Wehrdienst erteilt wird, die mindestens 45 Stunden in der Woche tatsächlich studieren. Solches Studium be-

zieht sich freilich lediglich auf den Talmud, nicht auf die direkte Auslegung des „Tenach“ (Altes Testament). So findet es Mosche Gafni geradezu empörend, daß Talmudschüler gegenüber der militärischen Führung Belege vorlegen sollen, daß sie sich tatsächlich 45 Stunden wöchentlich mit dem Talmud beschäftigt haben, der 613 Gesetze und Verbote enthält.

Die israelische Armee hob bei 4.000 Talmudschülern die Freistellung vom Wehrdienst wieder auf, nachdem bekannt wurde, daß sie die Auflage von 45 Wochenstunden-Studium nicht erreichen. Die Büros der Staatsanwaltschaften erhielten sogar Weisung, solche vermeintlichen Talmudschüler zu observieren, inwieweit sie tatsächlich ernsthaft studieren oder dies nur vortäuschen, um keinen Wehrdienst ableisten zu müssen. Da jedoch der



Hunderte ultraorthodoxe Juden demonstrierten vor dem Rekrutierungsbüro der israelischen Verteidigungsarmee in Jerusalems Mekor-Baruch-Viertel. Die israelische Polizei setzte Wasserwerfer und Blendgranaten ein, um die ungenehmigte Demonstration aufzulösen. Ultraorthodoxe Juden sind nicht nur arbeitsscheu, sondern verweigern auch die Landesverteidigung. Vier Polizeibeamte erlitten bei der Aktion leichte Verletzungen.

berüchtigte Mosche Gafni, der all jene Mitbürger für ein Jahr Gefängnis verurteilt sehen wollte, falls diese unaufgefordert Neue Testamente an Mitbürger verschickt haben, ist auch noch der Vorsitzende des parlamentarischen Finanzausschusses. Kraft seines Amtes drohte er sogar mit Entzug von Zuschüssen für Universitäten und öffentliche Institutionen, falls seiner Forderung nicht Folge geleistet würde, die „Jeschiva-Studenten“ gefälligst in Ruhe zu lassen. Es ist aber allzu bekannt, daß Leiter solcher Jeschiva-Einrichtungen falsche Angaben über ihre Schülerzahl gegenüber dem Erziehungs- und Religionsministerium angaben, nur um auf diese Weise höhere Subventionen zu erhalten. Dem Betrug am israelischen Steuerzahler wird somit vorsätzlich Vorschub geleistet.

In einem anderen Fall stellte sich nach einer Untersuchung des „Mewaker ha-Medina“ (Staatskontrolleur) heraus, daß sich viele Vorstände der Rabbinatsgerichte über Gebühr im Ausland aufhalten und somit ihren Amtsgeschäften nicht nachgehen würden. So befanden sich im Zeitraum vom Januar 2013 bis Juni 2017 95 Hauptrabbiner diverser Stadtverwaltungen hunderte Tage im Jahr im Ausland. Ein Rabbiner befand sich im Verlauf von vier-einhalb Jahren summa summarum für 718 Tage ohne ersichtlichen Grund im Ausland. Zwei Rabbis kamen im gleichen Zeitraum immerhin auf mehr als 300 Tage in absentia. In Schekel ausgedrückt ergibt sich aus dieser Tatsache für den Staat ein Verlust von 1,3 Millionen Schekel. Zu den Verursachern gehört Rabbi Yechiel Abuchatziera aus Ramle. Zwei seiner Söhne fungieren als Kaschrut-Aufseher, obschon beide für diese Tätigkeit keine Qualifikation besitzen. Diese Vetternwirtschaft, wie sie in arabischen Ländern üblich ist, hat längst auch in Israel Einzug gehalten.

Dies ist gewiß kein Zeugnis von Ehrbarkeit vor dem heiligen Gott Israels, dem diese alle vorgeben zu dienen.

So wurde im April des Jahres der Rabbi Pinchas Zigman zu 17 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er den Staat um 2,2 Millionen Schekel betrogen hat, weil er über die Anzahl seiner Studenten falsche Angaben gemacht hatte. Zwar existieren die von ihm angeführten Talmudschulen, aber er verdoppelte einfach die Zahl der Studierenden, um möglichst viel Geld dem Fiskus abzuverlangen.

Zu der Monopolisierung der ultraorthodoxen Minderheit gehört auch deren Anspruch, darüber zu urteilen, wer an der Klagemauer beten darf und wer nicht. Es ist zweifellos ein Skandal, daß auf Geheiß des orthodoxen Establishments Frauen daran gehindert werden sollen, in einem separaten Bereich der Klagemauer zu beten. Anat Hoffman in ihrer Funktion als Vorsitzende der „Frauen von der Mauer“ beklagt zu Recht, daß die ultraorthodoxen „Gralshüter“ die Polizei beauftragt haben, die Frauen von der Teilnahme an Gebeten an der Klagemauer zu hindern. Die

„Western Wall Heritage Organisation“ besteht darauf, daß Frauen nur in einem separaten nach Osten gelegenen Randbereich an der Klagemauer beten dürften. Gebete außerhalb der polizeilichen Absperrung würden somit mit einem Verbot belegt, überhaupt nicht mehr das Areal der Klagemauer betreten zu dürfen, denn „jeder Teil der Klagemauer gilt als eine ultraorthodoxe Synagoge“, heißt es zur Begründung. Mit dem neuen „Nationalitätsgesetz“ geht es nicht mehr nach Recht und Gerechtigkeit, sondern nach den eigenen religiösen Gesetzen einer intoleranten bigotten Minderheit.

Das Israelische Demokratie-Institut (IDI) kritisiert zu Recht, das neue Gesetz enthalte anders als die vorerwähnte Unabhängigkeitserklärung keine Verpflichtung zur Gleichberechtigung aller Bürger. Damit sind vor allem auch all jene Israelis gefährdet, die an den noch immer verachteten „Jesus aus Nazareth“ (Jeschua haMaschiach) glauben, weil sie einen anderen Glauben angenommen haben. Das neue Gesetz störe nach Auffassung des IDI das Gleichgewicht zwi-



Den „Frauen von der Mauer“ ist nur in einem abgetrennten Teil der Klagemauer erlaubt zu beten – und dies ohne Gesang und ohne Talit (Gebetsschal). Anat Hoffman (Mitte) gibt an der Klagemauer Reportern ein Interview

schen den Werten jüdisch und demokratisch. „Ganze Generationen werden Tränen darüber vergießen“, heißt es in einer Einschätzung des Instituts.

Die rechtsreligiöse Koalition aus der sephardisch-ultraorthodoxen SCHAS-Partei und der aschkenasisch-ultraorthodoxen „Torah-Judaismus-Partei“ des Premiers Netanjahu feiert die Verabschiedung dieses Gesetzes, das ausgerechnet die ohnehin privilegierte Kaste der vermeintlich Religiösen zur „Herrenrasse“ hochstilisiert. So bestimmen die ultraorthodox geführten Rabbinatsgerichte über die Gültigkeit von Konversionen zum Judentum, die im Ausland geschlossen wurden. Auch die Eheschließung des jüdischen Juristen Michel Friedman mit der einstigen TV-Moderatorin Bärbel Schäfer gilt hiernach als nicht geschlossen, da Friedman seine Ehe in New York in einer Reform-Gemeinde schloß. Kinder aus solchen Ehen gelten dann als „mamerim“ (Bastarde) und nicht als Juden. Damit wiederum festigt das Kontingent der ultraorthodoxen Juden sozusagen als Parallelgesellschaft zur übrigen Bevölkerung und mit eigener Curricula (Lehrplan) ihre Macht über die Majorität der israelischen Bevölkerung, der sich nun durch das neue Gesetz auch die Gerichtsbarkeit zu unterwerfen hat.

Doch für Netanjahu sei dieses Nationalitätsgesetz ein „Schlüsselmoment“ in der Geschichte des Zionismus und des Staates Israel. Dabei wird auf diese Weise der antichristliche Charakter des Staates Israel festgeschrieben. Wie sich dies auf die 300.000 russischen Einwanderer auswirken wird, die man nicht als Juden anerkennt und wie sich die Haltung der rassistisch geprägten Regierung auf all jene Israelis auswirken wird, die sich als messianische Juden auf den messianischen Erlöser Jeschua berufen, wird alsbald die Zukunft erweisen. Auslandschristen, die den

jüdischen Staat Israel huldigen, als stünde er bereits unter Leitung des wiederkommenden Messias Jeschua, versündigen sich und werden zunehmend zu Verführern, wenn sie entgegen Gal. 6,10 ihren israelischen Glaubensgenossen auf diese Weise in den Rücken fallen.

Mit ihren Rasse-Gesetzen begann in Deutschland der Genozid an den Juden

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1935. Damals wurden im Berliner Reichstag diese antidemokratischen Gesetze als Resultat der nationalsozialistischen Rassenideologie angenommen und vom damaligen Reichspräsidenten Hermann Göring verkündet. Die Nazi-Gesetze bestanden aus drei Einzelgesetzen; dem „Reichsflagengesetz“, dem „Reichsbürgergesetz“ und dem so genannten „Blutschutzgesetz“. Wir verzichten an dieser Stelle auf weitere Einzelheiten einer deutschen Gesetzgebung, die der Einstieg war für die systematische Vernichtung des europäischen Judentums.

An die Adresse Israels gerichtet heiße dies: WEHRET DEN ANFÄNGEN!

Bei der arabischen Minderheit vertieft das neue Gesetz das Gefühl der Diskriminierung. „Ich muß meinen Kindern heute sagen, (...) daß der Staat Israel erklärt hat, daß er uns hier nicht haben will“, erklärte der arabische Abgeordnete Aiman Auda. Er spricht von einem „Gesetz für jüdische Vorherrschaft“, das den Arabern signalisiere, „daß wir immer Bürger zweiter Klasse bleiben werden“. So jedenfalls sieht „Integration“ einer Minorität nicht aus! in tumultartigen Szenen riefen die arabischstämmigen Abgeordneten Achmad Tibi und Ayeda Touma-Suliman dem Premier

Netanjahu zu: „Sie haben ein Apartheid-Gesetz, ein rassistisches Gesetz verabschiedet!“

Kritik der Opposition gegen das neue Gesetz ist angesagt

Kritik an dem besagten Gesetz wird sogar innerhalb der Regierungspartei „Likud“ laut. Der Abgeordnete Benny Begin, Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Menachem Begin, enthielt sich der Stimme, als es im Plenum zur Abstimmung kam. Er begründet dies damit, daß das Gesetz in seiner gegenwärtigen Form die Rechte Andersdenkender verletze. Das Gesetz entzweit auch die Beziehungen zwischen Israel und der Diaspora-Judenheit. So reagierte das „American Jewish Committee“ (AJC) „tief enttäuscht“ auf das neue Rasse-Gesetz. Das Gesetz gefährde die Verpflichtung der Gründerväter zu einem jüdischen und zugleich demokratischen Staat. Die beiden ultraorthodoxen Parteien in der Knesset forderten zudem erfolgreich, daß die Reform- und Konservativen Jüdischen Gemeinschaften von der sanktionierten und autorisierten ultraorthodoxen Rabbinatsgerichtsbarkeit ausgeschlossen bleiben.

Jeremy Ben-Ami kritisierte das Rassismusgesetz und Netanjahus Regierung mit den Worten: „Es wurde in Sünde geboren und gilt als Botschaft für die arabische Gemeinschaft entgegen dem demokratischen Grundsatz der Gleichheit aller Bürger (égalité). Vor zwei Monaten begingen wir das 70-jährige Jubiläum von Israels Unabhängigkeitserklärung, worin der Staat Israel seinen Bürgern gleiche soziale und politische Rechte einräumte und zwar unabhängig von Religion, Rasse und Geschlecht. Nunmehr ignoriert Netanjahus Regierung all jene Vorgaben und Werte der Gründerväter.“

Vandals paint 'Gas Bibi' on walls of Tel Aviv yeshiva

Radikale wollen Netanjahu ins Gas schicken

Mit der Radikalisierung von Israels Gesetzgebung (Legislative) nunmehr in Händen des intoleranten ultraorthodoxen Establishments schafft sich Premier Netanjahu gewiß nicht nur Freunde. Vandalen beschmierten die Wände der „Bar Ilan“-Jeshiva in Tel Aviv mit den Worten: „Bibi ins Gas“. Ferner sagen die Graffiti: „(Meir) Kahane starb“ und an anderer Stelle „Was ist mit Bennett?“ Denn Bennett ist der Kultus- und Erziehungsminister, den man für das ominöse Nationalitätsgesetz mitverantwortlich macht. „Price-tag“-Aktionen gehören eigentlich zu radikalen Siedlern in der Westbank gegen die Palästinenser. Bennett selbst gab sich unbeeindruckt mit den Worten: „Die Hasser werden ihre Verleumdungen fortsetzen, und wir werden weiterhin für den Staat Israel handeln.“

Die ultraorthodoxe antizionistische Bewegung „Naturei Karta“ traf sich unterdessen mit Türkeys Präsidenten Tayyip Erdogan im Hotel „Intercontinental“ in London. Ihren Worten zufolge sei es nicht im Interesse des jüdischen Volkes, den Zionisten zu helfen. „(...) Wir sind gegen die Okkupanten. Wir wollen den Frieden in die Region bringen. *Wir Juden beten um die völlige Vernichtung des Staates Israel!*“ Die Anhänger dieser Sekte betrachten es



GRAFFITI ON the walls of Bar Ilan Yeshiva in Tel Aviv was discovered Monday morning.

als ihre heilige Pflicht, den Feinden Israels zu helfen mit dem gemeinsamen Ziel der Vernichtung des Staates Israel. So ist es auch kein Geheimnis, daß die „Naturei Karta“ das iranische Regime sowie die „Hisb-Allah“ und die „Chamas“ unterstützt. Um ihren Worten Nachdruck zu verleihen pflegen deren Mitglieder zu Purim und anderen jüdischen Feiertagen Fahnen Israels öffentlich zu verbrennen. Was mögen solche Zuschauer in New York, London oder sogar in Jerusalem denken, wenn angeblich fromme Juden ihren eigenen Staat in dieser Weise diskreditieren?!

Völlig realitätsfremd betont Netanjahu jedoch in seiner Rede, Israel sei im Nahen Osten das einzi-

ge Land, das Bürgerrechte respektiere. Mit dem neuen Gesetz sollten auch Versuche blockiert werden, Israels Existenzrecht infrage zu stellen. „Dies ist unser Land, das Land der Juden“, rief Netanjahu und schlug dabei mit der Faust auf das Rednerpult. Aber dieser Mann ist sich offensichtlich nicht bewußt, daß er sich mit seiner Rassismus-Demarche zum Antichristen nominiert. Ein sich auf diese Weise radikalisierender Staat Israel kann damit in der gegenwärtigen Zeit nicht mit dem Segen des universalen Gottes rechnen, der vornehmlich für die Erlösung Israels das Leben Seines eingeborenen Sohnes opferte!

Klaus Mosche Pütz

* * *